

Chancen des Freihandels nutzen

Die liberale Welthandelsordnung gerät zunehmend unter Druck. Trump lässt die Wertegemeinschaft der G7 bröckeln. Protektionistische Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks setzen bereits ausgehandelte Handelsverträge und -abkommen aufs Spiel. Für die Fraktion der Freien Demokraten ist klar: Wir beantworten Anti-Freihandel nicht mit Anti-Freihandel. Denn bei einem Handelskrieg verlieren alle. Wir müssen deshalb versuchen, den Konflikt mit den rechtlichen Mitteln der Welthandelsorganisation abzuwenden. Das Ziel muss sein, unserem transatlantischen Partner USA deutlich zu machen, dass sich die Europäische Union und Deutschland nicht erpressen lassen und den Freihandel verteidigen werden. Zudem erwartet die FDP-Fraktion von der Bundesregierung Vorsorge, damit die deutsche Wirtschaft die Folgen der Strafzölle nicht ausbaden muss.

Freihandel

Protektionistische Handelspolitik ist kurzsichtig. Denn die Folgen des globalen Strukturwandels kann man nicht mit Abschottung bekämpfen. Vielmehr führt Protektionismus zu Handelskonflikten und wirtschaftlichem Stillstand. Bereits in den kommenden 10 bis 15 Jahren werden fast 90 Prozent des globalen Wirtschaftswachstums außerhalb der EU erwirtschaftet. Internationaler Handel und weltweite Wirtschaftsbeziehungen erschließen deutschen und europäischen Unternehmen neue Absatzmärkte und Exportmöglichkeiten. So sichert Freihandel der Exportnation Deutschland Wachstum und Wohlstand. Zudem schafft er neue Arbeitsplätze und fördert Innovationen.

Handelspolitik

Deutschland profitiert enorm vom europäischen Binnenmarkt und von der europäischen Handelspolitik. Jeder sechste Bürger verdient bereits jetzt sein Einkommen mit der Produktion von Exportgütern. Die FDP-Fraktion begrüßt deshalb den Abschluss eines Freihandelsabkommens der EU mit Japan. Die Europäische Kommission plant mit einem Inkrafttreten des Abkommens spätestens 2019. Darüber hinaus unterstützen wir das Vorhaben der EU, ein Freihandelsabkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay abzuschließen.

CETA

Das umfassendste Freihandelsabkommen der EU ist das Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada (CETA), das bereits im Oktober 2016 unterzeichnet wurde. Es muss jedoch von sämtlichen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden, damit es vollständig in Kraft treten kann. Gegenwärtig haben Spanien, Portugal, Dänemark, Lettland, Estland, Tschechien, Kroatien und Malta dem Abkommen zugestimmt. Die FDP-Fraktion hat dem Deutschen Bundestag bereits ein CETA-Gesetz vorgelegt. Eine Ratifizierung wäre gerade jetzt das richtige, starke Signal. Wir haben hierfür die Grundlage gelegt, die Große Koalition muss nur noch zustimmen.

Europäische Union

Die EU muss sich jetzt klar als Verfechter des Freihandels positionieren und den Dialog mit den USA suchen. Dabei sind die Mitgliedsstaaten gefordert, mit einer Stimme zu sprechen. Die FDP-Fraktion fordert, das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP aus dem Eisstrank zu holen. Das ist die beste Antwort, um eine Spirale aus Strafzöllen und Vergeltungszöllen zu verhindern. Am Beispiel des Freihandelsabkommens mit Vietnam und der Gesprächsaufnahme mit Australien und Neuseeland zeigt sich, dass die EU auf einem guten Weg ist, ihre Handelsbeziehungen weiter auszubauen. Notwendig sind jedoch schnellere Verhandlungserfolge und weniger Blockade, um die Bürgerinnen und Bürger endgültig von den Vorteilen des Handels zu überzeugen.